

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	18. Sitzung Hauptausschuss
	Termin:	6. Dezember 2016, 16:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

Punkt 3 der Tagesordnung: Eine Urbane Agenda für die EU: Koordination der Themenpartnerschaft „Städtische Mobilität“

Vorlage: 2016/0718

Beschluss:

Der Hauptausschuss begrüßt die Themenpartnerschaft „Urbane Mobilität“ und nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und berichtet mit Begeisterung über ein Vorhaben, welches sich in den letzten zwei bis drei Monaten kurzfristig ergeben habe. Unter dem Titel „Urbane Agenda für die EU“ gebe es erstmals den Versuch, städtische Interessen und Bedarfe und damit auch Städte und Regionen stärker in die EU-Politikgestaltung einzubeziehen. Bisher sei dies immer nur über die verschiedenen Hierarchiestufen hinweg erfolgt. Die Konzeption sehe vor, dass durch strategische Partnerschaften zu zwölf festgelegten Themenfeldern Vorschläge zu wichtigen urbanen Zukunftsthemen entwickelt und über eine dreijährige Projektperiode umgesetzt werden sollen. Die Stadt Karlsruhe habe sich für den Bereich städtische Mobilität beworben, da dies als ein ganz wichtiges Thema für unsere Stadt und Region empfunden werde. Stichworte seien hier: Testfeld Autonomes Fahren und das RegioMOVE-Projekt. Der Anspruch in der Region sei ohnehin, dass das Thema Mobilität in einer zukunftsfähigen Form neu aufgesetzt und vernetzt werde. Daher mache es Sinn, dass Karlsruhe sich für eine europaweite Koordination bewerbe. Man habe auch sehr schnell und unkompliziert vom Bundesumweltministerium, Bundesverkehrsministerium, dem Rat der Gemeinden und der Regionen Europas Unterstützung bekommen. Er sei hierüber selber erstaunt gewesen. Auf der anderen Seite sei man froh gewesen, dass sich überhaupt Städte auf dieses neue Programm beworben haben. Daher müsse er fairer Weise auch sagen, dass es fast keine Konkurrenz gegeben habe. Die Projektgestaltung sehe vor, dass es zwischen einer Stadt und einem Nationalstaat gemeinsame Koordinationsaufgaben gebe. Insofern habe die Stadt Karlsruhe den spannenden Zuschlag erhalten, mit der Tschechischen Republik, vertreten durch die Ministerien für Regionalentwicklung, diese Themenpartnerschaft wahrzunehmen. Die administrative

und organisatorische Ausstattung stehe aktuell noch nicht fest. Man stehe jedoch in einem regen Austausch mit der Stadt Wien, die mit der Slowakischen Republik eine dieser Themenpartnerschaften machen werde. Ziel der Partnerschaft sei es, einen europäischen Aktionsplan zum Thema „Städtische Mobilität“ und ein Netzwerk zwischen Projekten, Städten und Staaten, die sich dem Thema in besonderer Weise verpflichten, zu entwickeln. Man plane beispielhaft für das erste Halbjahr 2018 eine Konferenz, zu der alle diese Städte und Partner eingeladen werden. Die Veranstaltung solle parallel zur IT-Trans in Karlsruhe veranstaltet werden, wo sich ohnehin die internationalen IT-Experten aus dem öffentlichen Personennahverkehr treffen. Seine Vision sei es, dass technisch Fachleute auf europäische Bürgermeister, Verkehrsminister und andere treffen, die bei diesen Themen äußerst innovativ unterwegs seien. Somit ergebe sich eine Win-win-Situation für beide Seiten. Nebenbei werde Karlsruhe europaweit sehr intensiv wahrgenommen werden, als Stadt, die sich in besonderer Weise um das Thema Urbane Mobilität kümmere. Dies strahle auch in andere Bereiche und gebe der Wissenschaft und Wirtschaft vor Ort ganz andere Möglichkeiten sich zu positionieren. In Karlsruhe sei PTV, INIT und das KIT mit seinen ganzen Sonderforschungsbereichen im Bereich der Mobilität angesiedelt. Karlsruhe sei auch bereits Profilerregion Mobilität der Landesregierung. Hierdurch fließen alleine schon sieben Millionen Euro in die verschiedenen Forschungsvorhaben. Das könne nun nochmals ganz anderes miteinander gebündelt und präsentiert werden. Er erwarte einen erheblichen Marketing- und Aufmerksamkeitseffekt für Karlsruhe. Ebenso werde man ganz andere Einblicke und einen frühzeitigen Zugang zu Netzwerken bekommen. Ein Ziel sei natürlich, dass der Aktionsplan wieder eine Beratung für Europa darstelle und zeige, wie das Thema „Urbane Mobilität“ europäisch insgesamt voran gebracht werden könne und solle. Die logistischen und finanziellen Unterstützungsleistungen durch Brüssel seien derzeit noch unklar. Dort werde zur Abarbeitung dieser ganzen Projektpartnerschaften ein eigenes Sekretariat eingerichtet. Man wisse aber nicht, inwieweit von dort eine Hilfestellung komme oder auch zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Hier wolle man sich noch mit anderen Städten zusammenschließen und entsprechende Forderungen stellen. Er bitte darum, die Partnerschaft zu begrüßen, da es für Karlsruhe eine große Chance darstelle.

Stadtrat Zeh (SPD) glaube, die Stadt Karlsruhe sei hierfür prädestiniert. Früher sei man mit dem Karlsruher Modell und der Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs führend gewesen. Aktuell sei Karlsruhe Fahrradstadt in Süddeutschland und ebenso Car-Sharing Hauptstadt. Für das Stadtplanungsamt sei eine 0,25 VZW-Stelle beantragt. Er befürchte jedoch, dass die beantragte Stelle nicht ausreiche. Er finde das Themenfeld sei ein städtisches, urbanes und weltweites Thema, welchem man sich widmen müsse. Auch die Anknüpfungspunkte finde er gut. Aber Karlsruhe alleine könne dieses Zukunftsthema nicht stemmen. Daher stelle sich für ihn die Frage, ob annähernd klar sei, in welcher Größenordnung sich die EU-Gelder belaufen werden. Er glaube, das Ganze könne sich ganz schnell in größere Dimensionen erstrecken.

Stadtrat Honné (GRÜNE) erklärt, es sei unbestreitbar, dass Karlsruhe im Verkehrsbereich sehr weit vorne sei. Mit der Einrichtung einer 0,25 Stelle seien er und seine Fraktion natürlich auch einverstanden. Er sei jedoch der gleichen Auffassung wie Stadtrat Zeh und habe Bedenken, ob der Stellenanteil ausreiche. Es gebe grundsätzlich zu wenig Personal im Verkehrsbereich und daher müsse hier etwas passieren. Beispielhaft erwähnt er, dass in den Unterlagen für den nächsten Planungsausschuss immer wieder stehe, dass eine Erfolgskontrolle aufgrund von mangelndem Personal nicht erfolgen könne. Daher müsse überlegt werden, ob nicht mehr Personal notwendig sei, um nicht nur die dringlichsten Dinge zu

erledigen, sondern auch in die Umsetzung gehen zu können. Er wünsche sich auch, dass der Bundesverkehrsminister angetrieben werde, weil von ihm momentan vieles blockiert werde. Eine Vielzahl an fortschrittlichen Maßnahmen stelle man immer wieder zurück und fördere damit den Autoverkehr. Daher erhoffe er sich, dass auf Bundesebene etwas erreicht werden könne.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) fügt hinzu, er könne den Enthusiasmus durchaus nachvollziehen und unterstütze die Partnerschaft. Er warnt jedoch davor, Haushaltsnachberatungen zu betreiben und bittet darum, stringent beim eingeschlagenen Kurs zu bleiben. Seine Fraktion sei trotzdem guter Dinge. Er halte es für richtig, dass Oberbürgermeister Mentrup seine Erwartungen an die Töpfe der EU noch nicht konkretisiere, wenn hierzu noch nichts bekannt sei. Es solle guten Mut an die Sache herangegangen werden.

Stadtrat Hock (FDP) und seine Fraktion teilen die Begeisterung des Oberbürgermeisters. Städtische Mobilität sei eines der wichtigsten Themen für die nächsten Jahre. Die Finanzierung und Einrichtung der 0,25 Projektstelle sehe er aber kritisch. Wenn das Thema für wichtig und vordringlich für Karlsruhe und Europa erachtet werde, komme man mit diesem Stellenanteil nicht aus. Ihm, seiner Fraktion und der Zählgemeinschaft sei immer sehr wichtig, im Vorfeld die finanziellen Auswirkungen zu kennen. Die entsprechenden Angaben hierzu seien in der Vorlage noch sehr vage. Wenn das Projekt in den Startlöchern stehe, bitte er darum, nochmals genauere Angaben zu den Daten und Fakten zu erhalten.

Der Vorsitzende verweist auf Seite 4 der Vorlage. Hier stehe, dass man sich sicher sei, dass im Stadtplanungsamt die 0,25 Projektstelle gebraucht werde. Bei der Stelle gehe es um die im Projekt notwendige fachliche Zusammenführung und Koordination. Ebenso sei erwähnt, dass bei der Stabsstelle Außenbeziehungen sicherlich zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden müssen, da dort die Hauptverantwortung liege. Man glaube, die anfallenden Kosten seien bei ABZ durch die laufenden Haushaltsmittel gedeckt. Hier stelle sich jedoch noch die Frage, nach der Höhe Bezuschussung durch die EU. Insofern weise die Vorlage hier eine fiktive Zahl aus, die selbstverständlich noch nach oben oder unten korrigiert werden müsse. Man versuche eine maximale Bezuschussung zu erhalten. Abschließend sagt er eine intensive Berichterstattung in der kommenden Zeit zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt einstimmige Zustimmung fest.

Er schließt mit Dank den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 17:02 Uhr

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
27. Dezember 2016